

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 35.

Paderborn, 22. März

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Borgis-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Einladung zum Abonnement.

Das „Paderborner Volksblatt“, welches, trotz der kurzen Zeit seines Bestehens, sich bereits einer allgemeinen Theilnahme erfreut — wovon die immer noch einlaufenden Nachbestellungen Zeugniß geben — wird auch für das nächste Quartal wie bisher dreimal wöchentlich, am Dienstag, Donnerstag und Samstag, erscheinen.

Unsere Tendenz werden wir auch ferner treu verfolgen; im Vertrauen auf die Alles überwachende Vorsehung an einer volksthümlichen Verfassung festhalten, jedes Gelüste nach dem Verbrauchten und Verdorbenen bekämpfen, und mit Entschiedenheit den Bestrebungen derjenigen entgegenzutreten, welche darauf gerichtet sind, das Volk zu unbesonnenen und gesetzwidrigen Handlungen zu verleiten. Die wichtigsten Tagesereignisse werden wir schnell und der Wahrheit getreu mittheilen und nebenbei einiges Gemeinnützige und Unterhaltende liefern. In Berlin, Frankfurt und mehreren andern Orten sind Correspondenten gewonnen. In ersterer Stadt hat namentlich unser Abgeordneter zur 1. Kammer, Herr Landrath Grasso, die thätigste Mitwirkung unserm Blatte zugesichert.

Auch der unbemittelte Bürger und Landmann fühlt in jetziger Zeit das Bedürfnis, sich über die politischen Zustände sowohl unseres Vaterlandes als der fremden Staaten zu unterrichten; damit diesen nun die Anschaffung unseres Blattes nicht schwer falle, haben wir den Abonnements-Preis so billig, wie nur immer möglich — vierteljährlich 10 Sgr., durch die Post bezogen 12½ Sgr. — gestellt. — Bestellungen bitten wir möglichst frühzeitig, auswärts bei der nächsten Postanstalt, zu machen. Neu eintretende Abonnenten erhalten die noch erscheinenden Nummern des Monats März unentgeltlich.

Noch sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß wir für Artikel, welche die Bezeichnung „Inserat“ tragen, und der Tendenz unseres Blattes nicht immer entsprechend sind, keine Verantwortlichkeit übernehmen. Diese Artikel werden von uns als Anzeigen betrachtet. —

Paderborn, 9. März 1849.

Die Redaktion und Expedition des Paderborner Volksblattes.

Uebersicht.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

Deutschland. Berlin (Kammerverhandlungen; der Adressentwurf der 2. Kammer; die russische Gesandtschaft; Vereinigung der conservativen Wahlmänner; mehrere Mitglieder der Kammern nach Frankfurt abgereist; Uebergabe der Adresse der 1. Kammer; die Feindseligkeiten mit Dänemark sollen nicht wieder aufgenommen werden); Königsberg (russ. Ufas); Posen (Nachrichten aus Polen); Frankfurt (Verhandlung über den Welcker'schen Antrag); Köln (Unruhen in Bernburg).

Italien. (Wiederausbruch des Krieges im Norden wie im Süden; Armeebefehl Diademy's).

Holland. Haag (Tod des Königs; Wilhelm III. zum Könige ausgerufen).

Türkei. (Kriegsrüstungen).

Vermischtes.

R. Paderborn, 21. März 1849.

Grundrechte des deutschen Volks.

Artikel V.

Glaubens- und Gewissensfreiheit.

§. 17. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.

Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche.

Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

§. 18. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.

Alle Religionsgesellschaften, mögen sie bereits bestehen oder sich noch bilden, haben gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Keine hat sich vor

andern eines besonderen Schutzes oder besonderer Vorrechte zu erfreuen. Dieses bedeutet der Satz: es besteht fernerhin keine Staatskirche mehr. Früher waren in Deutschland alle nicht christliche Religionsgesellschaften sehr beschränkt. Nicht einmal die christlichen Confassionen hatten überall gleiche Rechte. Die eine bildete hier, die andere dort die bevorzugte Kirche. Die in der Bundesacte vom 8. Juni 1815 ertheilte Zusicherung, daß unter den verschiedenen christlichen Confassions-Verwandten kein Unterschied weder in politischer noch in bürgerlicher Beziehung gemacht werden sollte, hat wenig praktische Bedeutung gehabt. Möge die Bestimmung des Reichsgesetzes mehr zur Wahrheit werden! In den einzelnen deutschen Staaten müssen die religiösen Gesellschaften nach denselben Gesetzen behandelt werden, welche dort für andere Gesellschaften gelten. Auf die Rechte, welche bloß den Korporationen z. B. Stadt- oder Landgemeinden zustehen, also auf die Rechte juristischer Personen, können die religiösen Gesellschaften nicht ohne Weiteres Anspruch machen. Diese kommen nur denjenigen rel. Gesellschaften zu, welche bereits Korporationsrechte erworben haben oder noch erwerben. Wie die einzelne rel. Gesellschaft ihre Verwaltung einzurichten und auszuüben hat, hängt zunächst von ihrer eigenen Verfassung (Statuten, Kirchenordnung) ab. Darnach ist auch zu bestimmen, welchen Antheil jedes Mitglied an der Verwaltung z. B. Wahl der Vorsteher, der Geistlichen und Lehrer hat; ferner ob ein Mitglied wider seinen Willen zum Austritte gezwungen werden kann und ob und wie weit ein auscheidendes Mitglied für die Schulden und Lasten der Gesellschaft verhaftet ist. Die Entscheidung über dergleichen Rechtsstreitigkeiten zwischen der Gesellschaft, ihren Vorstehern und Mitgliedern gebührt den gewöhnlichen Gerichten, sofern Statuten oder Kirchenordnungen keine Ausnahme begründen. Fortsetzung folgt.